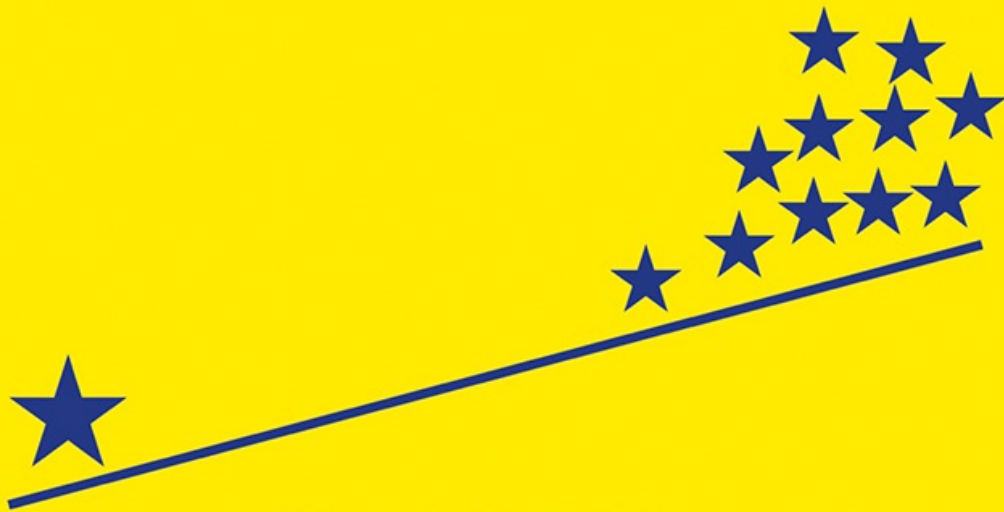


WOLFGANG SCHMALE



WAS WIRD
AUS DER
EUROPÄISCHEN
UNION?

Geschichte und Zukunft

RECLAM

Orbán, sondern wurde bereits von dem Juristen Carl Schmitt geprägt, dessen Nähe zu den Nationalsozialisten ein problematisches Licht auf sein Werk wirft. Die Ideologie einer illiberalen Demokratie wird seit Mitte der 1990er Jahre vermehrt diskutiert (s. Abb. 2, S. 29).²⁵

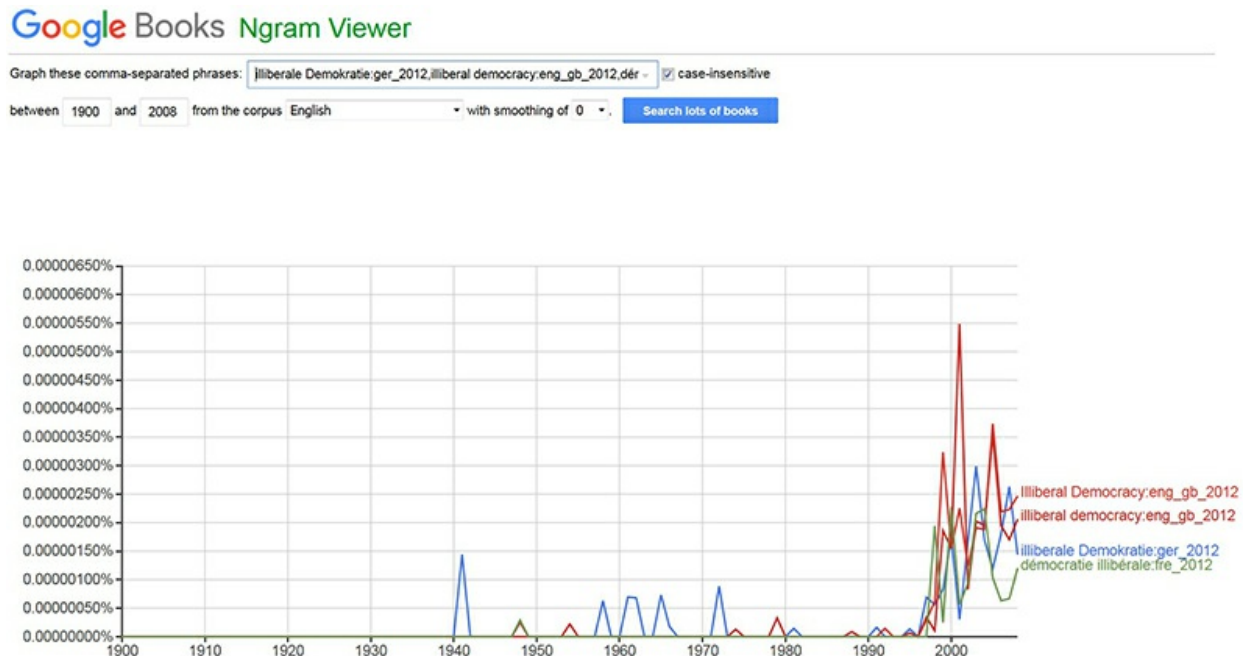


Abb. 2: Die Häufigkeitserhebung mittels Ngram Viewer von ›illiberale Demokratie‹ bzw. ›illiberal Democracy‹ erhält einerseits das relative Alter des Begriffs, andererseits dessen ›Renaissance‹ – auch als Forschungsobjekt – seit Mitte der 1990er Jahre. Korpus: Google Books.

In den EU-Mitgliedstaaten herrscht nicht überall eitel Sonnenschein. Gewalt aufgrund sozialer Spannungen und Diskriminierungen lässt sich überall feststellen, Armutsraten steigen teilweise, und die Jugendarbeitslosigkeit hat in manchen Ländern (Griechenland, Zypern, Italien, Kroatien, Spanien, Portugal, Frankreich) für mehrere Jahre in Folge einen Höchststand erreicht.²⁶ Korruption ist in unterschiedlichem Umfang in fast allen EU-Ländern vorhanden, während rechtsstaatliche Grundsätze teils offen wie in Ungarn und Polen, teils implizit durch zunehmende Diskriminierung der den Inländern rechtlich eigentlich gleichgestellten EU-Bürgerinnen und EU-Bürger verletzt werden. Geschlechtergleichheit und Geschlechtergerechtigkeit ist oft nur ein Schlagwort, dessen praktische Umsetzung den gesetzlichen Vorgaben hinterherhinkt. Letztlich ist jedes EU-Land mit bestimmten Problemen beschäftigt. Entsprechend kann der aktuelle Zustand in einer jeweils *individuellen* Bewertung schlecht bis sehr schlecht, aber auch gut bis sehr gut aussehen. Die Antworten der Europäerinnen und Europäer auf solche und andere Fragen, die im Eurobarometer fortlaufend veröffentlicht werden, variieren.

In der Bewertung ist freilich beiseitezulassen, was ein Land letztlich sich selbst oder gewissermaßen nur dem Schicksal zuschreiben muss oder kann, subjektiv aber der EU als Ganzes ankreidet. Was im strengen Sinne in die Verantwortung der Europäischen Union – weniger im institutionellen Sinne als vielmehr in Form einer gemeinschaftlichen Idee – fällt, kann sich daher bei aller Eintrübung der Ergebnisse im historischen Vergleich immer noch sehen lassen. Bezüglich der Materialisierung der Idee vom Glück im Alltag ging es den Europäerinnen und Europäern die längste Zeit ihrer Geschichte wesentlich schlechter als im Jahre 2018. Das gilt sogar im Licht der Herausforderung des Terrorismus (islamistischer Terror, rechtsextremer Terror, linksextremer Terror, Terror krimineller Banden).

Europa – Ein Paradies am Rande der Hölle

Europa wird gerne von außen als Paradies gesehen. 2003, im Kontext des Irakkonflikts, veröffentlichte der US-amerikanische Publizist und Politikberater Robert Kagan ein viel diskutiertes Buch unter dem Titel *Of Paradise And Power*.²⁷ Mit dem Paradies war Europa gemeint, mit *power* die USA. Nicht nur afrikanische Flüchtlinge motivieren sich bis heute mit dem Bild von Europa als Paradies. Europäerinnen und Europäer neigen hingegen weniger dazu, ihr Europa als solches zu sehen, obwohl sie das im 16. Jahrhundert durchaus getan haben.²⁸ In Zeitungen und anderen Medien wird gerne das relativierende Adjektiv ›vermeintlich‹ verwendet: Europa ist demnach ein vermeintliches Paradies.²⁹

›Paradies‹ ist natürlich keine objektive Kategorie. Das Wort ist religiös aufgeladen, da das Paradies (Garten Eden) im Prinzip in allen drei Buchreligionen (Judentum, Christentum, Islam) eine Rolle spielt. Jenseits der religiösen Traditionen und Texte stellt ›Paradies‹ einfach eine Metapher für eine besonders erstrebenswerte Lebenswelt dar. Letzteres allerdings ist messbar. Laut Weltbank betrug, um nur ein Vergleichsbeispiel heranzuziehen, das BIP pro Kopf 2015 selbst eines der ärmsten EU-Länder, Rumänien, noch rund 9004 US-Dollar, während es in Ghana, von wo viele Flüchtlinge nach Europa kommen, lediglich rund 1370 US-Dollar erreichte.³⁰ Je besser die gesamten Lebensverhältnisse in einem Land sind, desto höher fällt das BIP aus. Das Pro-Kopf-BIP betrug in Deutschland 2015, um ein reiches Land als Vergleich danebenzustellen, rund 41 313 US-Dollar, in der gesamten EU belief es sich auf rund 28 700 Euro oder rund 30 700 US-Dollar.³¹

Legt man dem Vergleich mit anderen Ländern in der Gegenwart weitere Kriterien zugrunde, steht EU-Europa einschließlich der Quasi-Mitglieder noch besser da. Kombiniert man verschiedene Vergleichsaspekte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, sämtliche Freiheitsrechte, wirtschaftlicher Wohlstand, sozialer Frieden und Sicherheit, bleibt die EU in der Welt praktisch konkurrenzlos. Am ehesten können noch Kanada, Australien und Neuseeland mithalten.

Schon in Bezug auf die USA sind klare Abstriche vorzunehmen: Die Todesstrafe ist dort gesetzlich zulässig und wird nach wie vor in einigen Bundesstaaten angewandt. Im Durchschnitt ereignet sich *pro Tag* ein Amoklauf mit ein bis zwei Toten und drei bis vier Verletzten!³² Ethnische Diskriminierungen in großem Umfang bis hin zu offenem Rassismus sind an der Tagesordnung. Die rechtliche Schlechterstellung von Ausländern ist krasser als im Allgemeinen in Europa. Derzeit ist, gemessen am europäischen politischen

Spektrum, die extreme Rechte³³ in den USA an der Macht und greift verbal die Pressefreiheit in Gestalt kritischer Qualitätsmedien wie *The New York Times*, *Washington Post* oder *CNN* an. Menschen, meistens aus Mittelamerika, die seit vielen Jahren zwar ohne Papiere in den USA leben, aber dort arbeiten, Steuern zahlen und Familie haben, werden plötzlich festgenommen und ausgewiesen bzw. in Lager an der Grenze zu Mexiko gebracht. Donald Trumps Wahlkampf 2016 war rassistisch und sexistisch; sowohl die politische Einstellung des Präsidenten als auch seiner Umgebung ist radikal nationalistisch, in vielen Belangen extremistisch und von der Grundausrichtung her der Welt außerhalb der USA feindlich gesinnt.

Im Vergleich mit der näheren geografischen Umgebung ist die EU erst recht ein Paradies: Russland etwa hat die Wende vom Sowjetsystem in einen modernen demokratischen Staat nicht geschafft, sondern lebt unter der Ideologie des Putinismus³⁴. Nach innen ist der Staat repressiv, Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt werden umfassend eingeschränkt, die politische Opposition und international verflochtene NGOs werden kriminalisiert. Nach außen ist Russland zu einer Annexionspolitik zurückgekehrt, wie sie in der Frühen Neuzeit und im 19. Jahrhundert üblich war. Die Krim ist annektiert, als Feigenblatt hat man zuvor eine Volksabstimmung inszeniert.

In anderen Fällen verfolgt Russland die von europäischen Kolonialmächten im 19. und 20. Jahrhundert eingesetzte Methode der Protektoratsbildung. Formell ist das Protektoratsgebiet eigenständig, faktisch bestimmt dort jedoch die Protektoratsmacht. Diese Situation trifft auf Südossetien und Abchasien zu, die Russland im Kaukasuskrieg im Sommer 2008 Georgien abgespenstig machte. Bezüglich der russischsprachigen Ostukraine (Donbass) zeichnet sich ein ›Beitritt‹ der Separatistengebiete zu Russland ab. Formal und völkerrechtlich wird es sich daher nicht um eine Annexion handeln, aber ohne die militärische, logistische, wirtschaftliche und ideologische Unterstützung Russlands wäre der Konflikt womöglich längst intern in der Ukraine beigelegt worden.

Die russische Außenpolitik folgt inzwischen wieder voll und ganz der Logik einer Hegemonialmacht. In der geopolitischen Nachbarschaft, zu der natürlich die EU zählt, werden einerseits Destabilisierungs-, andererseits Lock- und Verführungsstrategien eingesetzt. Die Destabilisierung setzt auf Cyberattacken und die Verbreitung von Fake News, die im Zielland soziale und politische Konflikte befeuern sollen, von denen russische Minderheiten (z. B. in den baltischen Staaten, aber auch in allen östlichen und südöstlichen Randregionen der Ukraine) profitieren sollen. Gegenüber der Ukraine wird eine feindselige Politik betrieben, um zu verhindern, dass das Land eines Tages Vollmitglied der EU oder gar der NATO wird.

In Bezug auf die Verlockungen ist festzuhalten, dass ihnen unter den Politikerinnen und

Politikern in der EU der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán besonders leicht erliegt, der gern russische Kredite, Atomkraft usw. in Anspruch nimmt. Bisher ist es auch recht gut gelungen, Russland gegenüber Serbien attraktiv zu halten. Die frühere Sowjetrepublik Armenien steht in starker Abhängigkeit von Russland. Syrien wiederum ist ein extrem gewalttätiger Staat von Wladimir Putins Gnaden geworden, der gegen seine Bürger wiederholt Giftgas und Fassbomben einsetzt. Seit Jahrzehnten bereits ist Syrien ein Folterstaat.³⁵

Der Nahe Osten und die direkt ans Mittelmeer und damit an Europa angrenzenden nordafrikanischen Länder haben ihre Stabilität, die sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht hatten, verloren. Die Türkei steuert schlimmstenfalls auf einen Bürgerkrieg hin, nachdem die als undemokratisch geltende Präsidialverfassung im Referendum vom 16. April 2017 mit gut 51 Prozent angenommen worden ist. Syrien tritt in das siebte Kriegs- und Bürgerkriegsjahr ein, und es gibt keinerlei positive Zukunftsszenarien. Am wahrscheinlichsten ist, dass die militärische Unterstützung Russlands das Regime von Baschar al-Assad an der Macht halten und ihm den Weg in die uneingeschränkte Diktatur ebnet wird. Die Entwicklung in der transnationalen Großregion, die überwiegend von Kurden bewohnt wird und teilweise zum Irak, zu Syrien, zur Türkei und zum Iran gehört, ist durch das kurdische Unabhängigkeitsreferendum im Nordirak vom 25. September 2017 noch ungewisser geworden.

Insbesondere im Irak sind Frieden und Stabilität weiterhin auf Jahre hinaus nicht prognostizierbar. Trotz der Erfolge gegen den »Islamischen Staat« werden diese und viele andere Terrorgruppen unverändert für viele Jahre die Kriegssituation im gesamten Nahen Osten aufrechterhalten. Die Lage in Jordanien verschlechtert sich derweil, da das Land zu wenige Ressourcen besitzt, um die vielen Flüchtlinge zusätzlich zur eigenen Bevölkerung zu versorgen. Die Wasserknappheit bedeutet ein großes Risiko. Auch der Libanon ist kein stabiles Land: Festigt sich die syrische Diktatur, könnten Hisbollah-Milizen, die vom Libanon aus operieren, und syrische Streitkräfte mit Unterstützung des Iran, der seinen Einfluss vom Irak bis zum Libanon solide verankert hat und dessen Revolutionsgarde bereits 2015 am Golan auftauchte, einen Krieg gegen Israel beginnen.

In Ägypten ist der Arabische Frühling gescheitert; das Land wird unter Präsident Abd al-Fattah as-Sisi ähnlich autoritär wie unter Mubarak regiert. Wirtschaftliche und soziale Probleme, gewaltsame Konflikte, Terror und Flüchtlinge haben erheblichen Einfluss auf seine weitere Entwicklung. In Libyen existiert kein Staat mehr, denn es gibt nicht nur zwei Regierungen, sondern auch bewaffnete Gruppen, die jeweils Teile des Landes kontrollieren. So wurde das Land zur Durchzugsregion für Flüchtlinge sowie zum